



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ilona Deckwerth, Ruth Waldmann, Andreas Lotte, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohlen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

### **Soziale Lage in Bayern: Defizite anpacken, Teilhabe ermöglichen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine ausgewogene und differenzierte Problemanalyse der sozialen Lage in Bayern vorzunehmen und auf dieser Grundlage Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe im Freistaat zu stärken.

Um dieses Ziel zu erreichen und vorhandene Defizite zu beseitigen, wird sie insbesondere in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Armutsbekämpfung tätig, indem sie unter anderem:

- die Kinderbetreuung in Bayern bedarfsgerecht ausbaut, um die eklatanten Lücken zwischen Angebot und Nachfrage schnellstmöglich zu schließen, sowie eine Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung startet, um alle Kinder individuell zu fördern und allen gleiche Teilhabechancen zu eröffnen,
- Jugendliche bestmöglich beim Übergang von Schule in Beruf unterstützt und hierfür ein durchgängiges Konzept vorlegt, das der Prämisse „Kein Abschluss ohne Anschluss“ folgt,
- ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit deutlich verstärkt und beispielsweise durch stärkere Berücksichtigung von Langzeitarbeitslosen bei Stellenbesetzungen des Freistaats Bayern auch ihrer eigenen Vorbildfunktion stärker gerecht wird,
- umfassende Anstrengungen für ausreichend bezahlbaren Wohnraum unternimmt, unter anderem durch Schaffung von mindestens 20.000 geförderten Wohnungen pro Jahr, stärkere Unterstützung der Kommunen sowie deutliche Nachbesserungen

beim bisher weitgehend wirkungslos gebliebenen „Wohnungspakt Bayern“ und

- über die genannten Punkte hinaus spezifische Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung der Armut besonders gefährdeter Personengruppen (wie z.B. Alleinerziehenden) ergreift, vor allem durch zielgenaue Unterstützung im Bereich der Arbeitsmarktintegration und Stärkung ihrer Erwerbsbiographie.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, bei der künftigen Sozialberichterstattung von vornherein auf eine ausgewogene Darstellung der sozialen Lage in Bayern zu achten. Dies betrifft insbesondere die umfassende Einbeziehung und objektive Aufbereitung des relevanten Datenmaterials. Nur so lässt sich eine belastbare Grundlage für eine sachorientierte Problemanalyse schaffen.

### **Begründung:**

Auch wenn die wirtschaftliche Lage im Freistaat Bayern erfreulicherweise positiv ist, darf das nicht den Blick auf vorhandene Defizite und dringende Handlungsbedarfe verstellen. Eine Sozialberichterstattung der Staatsregierung, die auf selbstkritische Reflexion weitgehend verzichtet, erscheint vor diesem Hintergrund wenig dienlich. Vor allem aber wird sie denjenigen Menschen im Freistaat nicht gerecht, deren Teilhabemöglichkeiten noch nicht zufriedenstellend sind, die also nicht in ausreichendem Maße von der guten Gesamtsituation profitieren können und sich in der Folge häufig gesellschaftlich abgehängt fühlen. In diesem Zusammenhang geraten insbesondere die Bereiche Arbeit, Wohnen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Armutsbekämpfung in den Blick.

Von „sehr guten Rahmenbedingungen“ für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern zu sprechen, so wie dies die Staatsregierung im aktuellen „Vierten Bericht zur sozialen Lage in Bayern“ tut, beschönigt die Situation beispielsweise in nicht akzeptabler Weise. Denn fast neun von zehn Menschen in Bayern sind aktuell der Meinung, dass sich Beruf und Familie hierzulande eben nicht gut miteinander vereinbaren lassen. Ebenfalls unerwähnt bleibt im Sozialbericht, dass Bayern hinsichtlich der Betreuungsquote für Kinder im Bundesvergleich deutlich hinterherhinkt: Mehr als 33.000 Krippenplätze fehlen. Von einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung ist Bayern noch immer weit entfernt.

Ähnlich verhält es sich in der Frage des bezahlbaren Wohnraums: Dass die Staatsregierung im Sozialbericht davon spricht, die Wohnraumförderung bewege sich weiterhin auf „hohem Niveau“, entbehrt jeglicher seriösen Grundlage. Schließlich hat Bayern die Landesmittel für das laufende Jahr nahezu halbiert – von 158 auf 87 Mio. Euro. Hinzu kommt, dass auch der im Sozialbericht vielfach gelobte „Wohnungspakt Bayern“ weit hinter den – ohnehin schon zurückhaltend formulierten – Erwartungen zurückbleibt. So wurden im vergangenen Jahr (2016) im kommunalen Förderprogramm (2. Säule) des Wohnungspakts Bayern lediglich 758 Wohnungen gefördert, versprochen waren

mindestens 1.500. Frühzeitige Warnungen der SPD-Landtagsfraktion, aber insbesondere auch der Kommunen und anderer wohnungspolitischer Akteure, der Wohnungspakt sei in seiner jetzigen Form nicht praxistauglich, wurden wiederholt ignoriert.

Dies sind nur zwei Beispiele für dringende Handlungserfordernisse in der Sozialpolitik des Freistaats Bayern. Um das selbst gesteckte Ziel echter Teilhabe für alle zu erreichen, hat die Staatsregierung deshalb ihre entsprechenden Anstrengungen deutlich zu verstärken, statt sich mit der aktuellen Situation zufrieden zu geben.